

Erneut werden Maulkörbe verpasst

Konferenz in Hamburg zu 30 Jahren Berufsverbote

Von Uwe Ruprecht

30 Jahre nach dem so genannten »Radikalenerlass« kamen über 100 von Berufsverboten Betroffene und ihre Unterstützer an dem Ort zusammen, wo einst regelmäßig Protestversammlungen stattfanden, im Hamburger Haus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Sie waren Lehrer und Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). In den 70er Jahren und darüber hinaus galten sie als »der Feind«. Um sie aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, einigten sich Bundeskanzler Willy Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder am 28. Januar 1972 auf den so genannten Radikalenerlass. Jetzt trafen sie sich wieder.

Es war eine Art Klassentreffen. Eine Geschichtsstunde wurde es gleichwohl nicht. Statt in Nostalgie zu schwelgen, wurde versucht, »Fäden zu knüpfen zwischen Gestern und Heute«. Denn die Praktiken

von Ausgrenzung und Verfolgung, für die der Radikalenerlass steht, werden nach wie vor angewendet. Der Erlass selber, der zu 3,5 Millionen Überprüfungen und 11 000 Verbotsverfahren führte, ist außer im Saarland und in Hessen bis heute in Kraft; an der Universität München ist die »Gewissensprüfung« immer noch obligatorisch. Obwohl Regierungsmitglieder wie Herta Däubler-Gmelin, Joschka Fischer und Otto Schily sich früher gegen Berufsverbote engagiert haben und Kanzler Ger-

hard Schröder höchstselbst mehrere Betroffene anwaltlich vertrat, wurde nichts unternommen, um die »Regelanfrage« endgültig aufzuheben.

Es sei ein »Treppenwitz der Geschich-

te«, dass die ehemaligen Gegner der Berufsverbote jetzt einen massiven Demokratieabbau einleiteten, hieß es. Schilys »Anti-Terror-Gesetze« erinnerten die Konferenzteilnehmer an ihre Vergangenheit: »Wieder wird die Demokratie den Geheimdiensten anvertraut, die sie unterhöhlen und zerstören«, warnte Horst Bethge, bildungspolitischer Sprecher der PDS und »Doyen« der Bewegung gegen Berufsverbote. Er verwies auf die Willfähigkeit, mit der die Hamburger Hochschulen die Daten von 33 000 Studenten für die Rasterfahndung zur Verfügung stellten, woraufhin nun 140 arabische Kommilitonen verhört werden. Doch während man damals Bewerbern für den öffentlichen Dienst empfehlen musste, sich nicht auf einer Demo blicken zu lassen, ist es heute umgekehrt: »Geh' möglichst oft zur Demo, dann kommst du nicht als Schläfer in die Rasterfahndung.«

Wie damals sind Anzeichen für eine »Uniformierung der öffentlichen Meinung« zu erkennen, befand der Publizist Eckart Spoo. Nach dem 11. September werde ein ähnliches Bedrohungsszenario

aufgebaut wie jenes der 70er Jahre, das sich als Schimäre erweisen habe. Wieder erlebe man einen »Grundrechtsabbau im Geschwindmarsch«; wieder würden »Feinde« gesucht, gegen die man die Gesellschaft in Stellung bringen könne; wieder werde das Duckmäsertum gefördert.

Erneut werden Maulkörbe verpasst. Bernhard Nolz hatte als Lehrer in Siegen eine Rede auf einer Schüler-Demo anläss-

lich des 11. September gehalten. Dass er auf die Schulden der USA bei der UNO hinwies, wurde ihm als »Antiamerikanismus« ausgelegt und seine Strafversetzung betrieben. In Zeiten, in denen die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen ausrückt, gilt die pazifistische Haltung des Bundesvorsitzenden der Initiative »Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden« offenbar als gefährlich. Nolz beschrieb das Klima der Angst vor Repressionen, das es ihm schwer machte, Unterstützung zu finden.

Aus den neuen Bundesländern sind wenigstens vier Fälle bekannt, in denen gegen Lehrerinnen vorgegangen wurde, die sich nach dem 11. September der vom Kanzler verordneten »uneingeschränkten Solidarität mit den USA« verweigerten.

Noch kaum aufgearbeitet und im öffentlichen Bewusstsein verankert ist der Export der Berufsverbots-Praxis nach der Wende in die neuen Bundesländer. Im Westen herrscht die Ansicht vor, die massenhaften Entlassungen seien mit Stasi-Unterlagen begründet und gerechtfertigt. Tatsächlich genügte der Vorwurf der »Staatsnähe«, erklärte Wolfgang Richter von der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde. Wie vor 30 Jahren im Westen sei nach Liste ohne individuelle Prüfung entlassen worden. Doch anders als seinerzeit in den alten Bundesländern habe sich kaum Widerstand geregt. Von Berufsverboten Betroffene im Osten seien ihm »schon im Voraus besiegt« erschienen, beschrieb Pierre Kaldor, 89-jähriger Rechtsanwalt aus Paris und Sprecher des französischen Komitees für Meinungsfreiheit, seine Erfahrungen. Nachdrücklich mahnte Wolfgang Richter die bislang spärlich gebliebene Solidarität aus dem Westen an.

Äußerungen des CDU-MdB Paul Breuer zu Bernhard Nolz und den Zentrum für Friedenskultur in Siegen (aus Monitor)